

MEDIENMITTEILUNG

Mahnmal für Opfer des Nationalsozialismus: Auslandschweizer-Organisation begrüsst Entscheidung des Bundesrats

Bern, 26. April 2023 – An seiner heutigen Sitzung hat der Bundesrat einen Antrag zur Realisierung einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus in der Stadt Bern bewilligt. Die Auslandschweizer-Organisation, Mitinitiantin des Projekts, begrüsst den Entscheid, mit dem der Bundesrat der Erinnerungspflicht unseres Landes gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus entspricht.

Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung ein Budget von 2,5 Millionen Franken zur Umsetzung eines Schweizer Erinnerungsortes für die Opfer des Nationalsozialismus bewilligt. Als Standort ist die Stadt Bern vorgesehen, die zudem die Aufgabe der Denkmalpflege wahrnehmen wird. Das Projekt wurde von der Auslandschweizer-Organisation (ASO), SwissCommunity, mitinitiiert: Sie hat gemeinsam mit der Christlich-Jüdischen Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz, dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund sowie Vertretenden der Wissenschaft (Universität Basel, Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich) das Memorial-Konzept entwickelt. Die ASO ist sehr erfreut über die Entscheidung des Bundesrates, die einer wichtigen Forderung der ASO und ihrer Mitinitiator:innen entspricht.

Erinnern, vermitteln, vernetzen

Die Auslandschweizer-Organisation fordert bereits seit 2018 eine Gedenkstätte. Über 1000 Menschen mit Bezug zur Schweiz erlebten den Schrecken der nationalsozialistischen Konzentrationslager, darunter zahlreiche Auslandschweizer:innen. Aber immer weniger Zeitzeug:innen können davon berichten. Umso wichtiger ist das Engagement des Bundes, damit die Erinnerungen nicht in Vergessenheit geraten. Mit dem Memorial soll den Opfern des Nationalsozialismus sowie denjenigen, die sich dem Nationalsozialismus entgegenstellten oder sich für die Verfolgten einsetzten, ein Denkmal gesetzt und ein Ort im gesellschaftlichen Gedächtnis gesichert werden.

Das Memorial-Konzept fordert zusätzlich zum geplanten Gedenkort einen Vermittlungs- und Vernetzungsort. Dieser soll eine aktive Auseinandersetzung mit vergangenem Unrecht ermöglichen und zugleich dessen Relevanz für unsere heutige Gesellschaft aufzeigen. Die konkrete Umsetzung des Vermittlungs- und Vernetzungsortes soll in St. Gallen erfolgen. Laut Bundesrat wird eine Zusammenarbeit mit dem Kanton St. Gallen geprüft.

